Ä1 Chinapolitik menschenrechtsorientiert gestalten

Antragsteller*in: Christian Jacobs (LAG Frieden Berlin))
Status: Zurückgezogen

Änderungsantrag zu A50NEU

Von Zeile 6 bis 8 einfügen:
sollte sich daher für eine Fact-Finding-Mission zu Xinjiang im Rahmen des VN-Menschenrechtsrats einsetzen und die Unterdrückung der Uigur*innen als Genozid bezeichnen. Das sogenannte Sicherheitsgesetz für Hongkong und die Änderung des Wahlrechts sind ein Angriff auf die Autonomie der

Von Zeile 16 bis 19 einfügen:
„Ein-China-Politik" der Europäischen Union und betonen, dass dieChinas Vereinigung mit Taiwan mit Taiwan nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf. Wir wollen im Rahmen der Ein-China-Politik den politischen Austausch mit Taiwan ausbauen und treten dafür ein, dass Taiwan in multinationalen Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation Beobachterstatus bekommt. Unsere Handelsbeziehungen mit China wollen wir nutzen, um fairen Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und gleiche

Nach Zeile 32 einfügen:
Unsere Handelsbeziehungen wollen wir nutzen, um fairen Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen einzufordern, sowie nachhaltige Wirtschaftskreisläufe international zu etablieren. Wir erwarten, dass China die entscheidenden Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert und jede Form von Zwangsarbeit beendet. Das ausgehandelte Investitionsabbkommen der EU mit China ist für uns in dieser Form nicht zustimmungsfähig. Angesichts der Menschenrechtsverletzung – etwa in Xinjiang – wollen wir einen europäischen Mechanismus entwickeln, der Waren aus Zwangsarbeit den Zugang zum Binnenmarkt verwehrt. Wir werden an einer engen europäischen und transatlantischen Koordinierung gegenüber China arbeiten, besonders auch in den Bereichen 5G-Ausbau und Schutz kritischer Infrastruktur. Durch neue aktive Bündnisse im Indo-Pazifik und in Afrika wollen wir eine multinationale und ausgeglichene Weltordnung sichern.

Begründung

Deutschland sollte deutliche Worte für die Verbrechen der chinesischen Regierung gegenüber den Uighur*innen finden. Die Lager in denen Uighur*innen gefangen gehalten werden, stellen die größte Masseneinkerkerung von ethnischen Minderheiten seit dem Zweiten Weltkrieg dar. Dabei kommt es zu Folter und Mord, sowie Zwangssterilisierungen und der brutalen Unterdrückung der uigurischen Kultur. Bereits das Parlament der Niederlande, sowie das Parlament Kanadas haben einen Beschluss gefasst, das Vorgehen der chinesischen Regierung als Genozid zu bezeichnen. Und auch der amerikanische Außenminister Antony Blinken spricht von einem Völkermord. Wir als GRÜNE sollten uns dafür einsetzen, dass auch in Deutschland die Handlungen gegenüber den Uighur*innen als Genozid einstuft.

In den letzten Jahren tritt die chinesische Regierung immer aggressiver gegenüber Taiwan auf. Immer wieder orchestriert die chinesische Regierung fake-news Kampagnen in Taiwan, grenzt Taiwan in multinationalen Organisation aus oder schickt chinesische Militärflugzeuge in den taiwanesischen Luftraum. Gleichzeitig hat sich Taiwan in den letzten drei Jahrzehnten zu einer lebendigen Demokratie mit einer aktiven Zivilgesellschaft entwickelt, die viele Werte mit uns Grünen teilt. Taiwan ist deshalb ein wichtiger Partner in der Region. Ohne von der Ein-China Politik abzurücken, sollten wir den

deutschen und europäischen Dialog mit Taiwan auf staatlicher und nicht-staatlicher Ebene deshalb weiter ausbauen und die taiwanesische Regierung dabei unterstützen sich in multinationalen Organisationen einzubringen. Sich an die Ein-China Politik zu halten, beinhaltet im Übrigen nicht die Anerkennung des Anspruch Chinas auf Taiwan. Da Taiwan nie Teil der Volksrepublik China war, sollten wir nicht von einer Vereinigung Chinas sprechen. Die Mehrheit in Taiwan sieht sich nicht als Teil Chinas und wünscht sich keine Vereinigung. Deshalb sollten wir von einer Vereinigung mit Taiwan sprechen.

In den letzten Jahren und ganz besonders im Jahr der Pandemie hat die chinesische Regierung durch Infrastrukturprojekte, Maskensendungen oder Kredite Abhängigkeiten insbesondere im Indo-Pazifik und in Afrika geschaffen. Die chinesische Regierung nutzt diese Abhängigkeiten geschickt um in internationalen Foren Anliegen durchzubringen und zum weiteren Ausbau seiner Einflusssphäre. Deutschland und Europa muss deshalb aktiver Partnerschaften und Bündnisse in diesen Regionen pflegen und ausbauen, um eine ausgeglichene Weltordnung zu sichern.